

Zeitpunkt, da nicht mehr viel aus diesem Land heraus gezogen werden kann. Ausserdem bestimmt der Krenml über die mit Ostdeutschland abgeschlossenen «Handelsabkommen». Es gibt nun keine Garantie dafür, dass nicht versteckte «Reparationen» unter dem Deckmantel für Russland günstiger Handelsabkommen die gegenwärtige Produktion belasten. 2. Das Versprechen, die russischen Besetzungskosten auf fünf Prozent der ostdeutschen Budgeteinnahmen herabzusetzen, werde nach Schätzungen die ostdeutsche Finanzlage verhältnismässig wenig entlasten.

Kommunisten der deutschen Ostzone fühlen sich noch immer unsicher

Berlin, 24. August. (United Press.) Wie die Westberliner «Neue Zeitung» am Sonntag mitteilte, befinden sich immer noch eine «grosse Anzahl» russischer Tanks in der Umgebung Berlins. Ausserdem plane die Partei, so fährt die Zeitung fort, ihre zuverlässigen Aktivisten in den Fabriken zu bewaffnen und die kommunistischen Schläger in «freiwillige Hilfspolizeinheiten» zu vereinigen. Diese Entscheidung soll eine Folge des fortgesetzten Widerstandes der Arbeiter gegen die Regierung sein.

England stellt ferngelenkte Raketen mit einer Geschwindigkeit von 3200 Stundenkilometer her

London, 23. August. Ag. (Reuter.) Versorgungsminister Duncan Sandys gab am Samstag die Erklärung ab, dass Grossbritannien ferngelenkte Raketen mit einer Stundengeschwindigkeit von 3200 km herstelle. Kein bemanntes Flugzeug könne hoffen, derart schnelle Raketen zu überflügeln und aus dem Felde zu schlagen. Der Minister fügte bei, anfänglich hätten sich die Raketenverständigen auf das Problem der Verteidigung gegen feindliche Flugzeuge konzentriert. «Zu diesem Zwecke wurde eine Reihe von Geschossen entwickelt und vom Boden, von Schiffen oder von Jagdflugzeugen aus losgelassen. Sind diese Flugzeugabwehrwaffen die ersten gelenkten Raketen, die in Dienst genommen werden, so werden ihnen weitere folgen, die verschiedene Aufgaben in der Artillerie und bei Bombardierungen zu übernehmen haben werden.»

In seiner Erklärung stellt Sandys weiter fest, dass in Grossbritannien und Australien im vergangenen Jahre bei der Entwicklung ferngelenkter Raketen «beachtliche Fortschritte» erzielt worden sind. «Die Geschwindigkeit ist von besonders entscheidender Bedeutung. Um Bomber, die bei einer Höhe von über 16 000 Metern bei Schallgeschwindigkeit oder noch schneller fliegen, anzugreifen, haben unsere Raketen eine Geschwindigkeit von über 3200 Stundenkilometern zurückzulegen. Flugabwehrraketen müssen nicht nur eine sehr hohe Geschwindigkeit aufweisen, sondern auch imstande sein, schnell die Flugrichtung zu ändern, wenn der feindliche Bomber ausweichen will. Ich darf vertrauensvoll sagen, dass kein bemanntes Flugzeug damit rechnen kann, ferngesteuerte Raketen der Typen, wie wir sie jetzt entwickeln, ausser Gefecht zu setzen. Unsere Raketen bewirken einen derartigen Druck, dass weder der menschliche Leib noch die Flügel eines Flugzeugs ihm standhalten könnten. Der komplizierteste Bestandteil einer ferngesteuerten Rakete ist ihr Steuermechanismus: eine Art Elektronengehirn, das zehnmal soviele Röhren wie ein Fernsehgerät enthalten könnte. Zusätzlich zu den vom Boden oder von Schiffen aus abgefeuerten Geschossen haben wir bei der Entwicklung gesteuerter Raketen, die von Kampfflugzeugen aus abgeschossen werden, ein fortgeschrittenes Stadium erreicht. Diese Raketen werden die Schlagkraft unserer Kampfflugzeuge um ein Beträchtliches steigern und sie in die Lage versetzen, einen feindlichen Bomber aus einer Entfernung abzufangen, die ausserhalb der Reichweite liegt, innerhalb derer er sich selbst mit den konventionellen Bordgeschützen verteidigen kann.»

Unterstaatssekretär Bedell Smith befürwortet besseren Austausch von

Der politische Aspekt des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hamburg

Es ist gut, wenn es noch öffentliche Vorgänge gibt, die unmittelbar weder unter die Ueberschrift Politik noch unter die Ueberschrift Sport gehören. Und doch darf man feststellen, dass ein Kirchentag immer politische Bedeutung hat, nicht in einem plumpen, rein parteipolitischen Sinn, aber ganz einfach aus der Tatsache heraus, dass in diesen Tagen Zehntausende von Christen gewillt sind, ihr ganzes Leben, einschliesslich Politik und Wirtschaft, mit dem Evangelium konfrontieren zu lassen. Dazu kam die einfache Tatsache der Anwesenheit Zehntausender aus der Ostzone am Kirchentag in Hamburg, die das Reden und Denken, ja jede Lebensäusserung dieser Tagung aufs stärkste beeinflussten, und es wäre falsch, die ungeheuren Spannungen zu vertuschen, die sich aus dieser Begegnung ergaben.

So baten die jungen Christen aus dem Osten um Verständnis, dass sie in den ruhigeren Verhältnissen des Westens manches nicht verstehen und anders sehen. Sie baten: «Schickt uns nicht in erster Linie Margarinepakete, sondern Briefe und Papier, damit wir im Gedankenaustausch mit euch leben können. Wir dürfen uns nicht auseinanderreissen lassen.» Und auch das Wort des Kirchentages stellt fest: «Dass die Lage des Christen den Vergiftungserscheinungen gegenüber im Osten und Westen eine gründlich verschiedene ist, machte das gegenseitige Verständnis schwer.» «Die Götzen des Ostens zu zwingen die Menschen; sie bringen Angst. Die Götzen des Westens zu führen den Menschen; sie bringen Lust.» Diese Menschen der Ostzone liessen durch ihren Sprecher sagen: «Wir sind nicht zu euch gekommen, um gefeiert zu werden. Gott weiss um die Angst, die viele von uns in der Anfechtung der vergangenen Zeit gehabt haben.» Und es ist ja da und dort geschehen, dass in der heissesten Zeit des Kampfes Pfarrer und Kirchenleitungen die «Junge Gemeinde» und die Studentengemeinden mit sehr gewundenen theologischen Erklärungen im Stiche gelassen haben. Um so stärkeren Eindruck hinterliessen die Sendgruppen der Jungen Gemeinde aus dem Osten, deren Vorsitzender Oberkirchenrat Andler den Christen im Westen zurief: «Christus selber wurde gefesselt abgeführt und in einem politischen Prozess verurteilt. Keine Kirche kann ihren Gliedern versprechen, dass es ihnen anders ergehen sollte.»

Ueber die Vorgänge vom 10. und 17. Juni waren sich all die Dutzende, mit denen wir sprechen konnten, einig: Der 17. Juni war eine ganz spontane Sache; das Mass war einfach voll. Der 10. Juni (der Abschluss des Kirchenkampfes) war so etwas wie die unsichtbare Initialzündung für den 17. Juni. Die Arbeiter hatten gemerkt: Wenn man der Regierung gegenüber unnachgiebig ist, dann muss sie nachgeben. Das Ergebnis des 10. und 17. Juni ist wohl dieses: Die Schlange hat den hypnotischen Blick verloren. Hinter den 10. und 17. Juni können sie nicht mehr zurück.

Die Arbeit der politischen Arbeitsgruppe konzentrierte sich auf zwei Themen: «Was kann unser Zusammenleben entgiften?» und «Unser Volk unter den Völkern». Das Hauptreferat des ersten Tages hielt Chefredaktor Lemmer (Berlin), das des zweiten Tages Kirchenpräsident Niemöller (Wiesbaden).

Lemmer ging den Mißständen der politischen Propaganda, der Intoleranz, des nationalsozialistischen «Freund-Feind-Verhältnisses» kräftig zu Leibe. «Diffamierung und Lüge sind die V-Waffen des kalten Bürgerkrieges.» Er setzte sich mit der Allmacht der Parteien und des Staates auseinander, die durch die politische Verantwortungslosigkeit, die «ohne-nicht-Haltung» gefördert wird. «Der Mensch ist das Mass aller Dinge, das Mass aber des Menschen ist Christus.» Die Diskussion betonte die Verpflichtung des Christen für Zellen des Vertrauens an jedem Ort zu sorgen. «In den Nöten und Unzulänglichkeiten aus dem Westen gerichtet wurde, erschien den Teilnehmern aus dem Osten einfach harmlos. Der Osten fragte uns: «Was kann die

Kirche zur Entgiftung beitragen, wenn sie ein Ghetto geworden ist? Entgiften heisst verhandeln, aber verhandeln heisst offen sprechen können — und wir aus dem Osten können nicht offen sprechen.» Immer wieder ertönte der Ruf nach der politischen Verantwortung des Christen, dessen Christentum sich nicht in einem frommen Augenaufschlag, im Zitieren von Bibelsprüchen und im eifrigen Kirchgang erschöpfen dürfe.

«Unser Volk unter den Völkern» war das Thema des zweiten Tages. Niemöller betonte in der Einleitung, dass dieses Thema eine von Leid und Schuld erfüllte Vorgeschichte habe, von der man nicht absehen dürfe. Es sei allerdings unpopulär, an diese Dinge zu erinnern. Mit der Parole: Strich drunter — selbst wenn diese uns vom Westen angeboten wird —, ist uns nicht geholfen. «Wir stecken immer noch zwischen den Mühlsteinen, weil wir nach beiden Seiten Schuldner geworden sind und deshalb nach beiden Seiten ins Reine kommen müssen.» Von da aus ist zu fragen: 1. Wie steht unser Volk unter den Völkern? 2. Wohin soll unser Volk gehen? 3. Welchen Weg soll unser Volk einschlagen? Was ein Volk ist, lässt sich nicht eindeutig ausmachen: gemeinsame Geschichte, Sitte, Kultur etc. kennzeichnen es; Völker sind aber keine unabänderliche Tatsache. Zum Volksein gehört der Wille, beieinander zu bleiben. Völker sind ein Vorletztes, das Letzte ist Gottes Reich. Die Zerteilung der Menschheit ist ein Tun Gottes (5. Mose 32, 8), ein bewahrendes Gericht. Niemöller wandte sich scharf gegen die Ansicht, dass das deutsche Volk etwas Besonderes sei, eine Ansicht, die lange vor Hitler begann und diesen zum Exponenten dieser Idee werden liess. «Er war kein neuer Geist, sondern der alte, unsaubere Geist, der nach seiner Austreibung wieder kam, das Haus leer fand, hingung und sieben andere Geister zu sich nahm, ärger denn er selbst» (Matth. 12, 44). Ebenso klar lehnte er eine — nach dem Zusammenbruch des alten Ideals — aufkommende Menschheitsideologie ab, die am liebsten alle Völker mit ihrer Eigenart einschmelzen und beseitigen möchte. Konkret steht das deutsche Volk an der Stelle, da Ost und West zusammenstossen. Die Illusion des Nationalismus hat uns Gott aus der Hand geschlagen und die des Kosmopolitismus uns unmöglich gemacht. Völker sind nicht Selbstzweck, sondern Instrumente in Gottes Plan. Es gibt kein von Gott bevorrechtetes Volk, für sie alle gilt das gleiche Recht und das gleiche Gebot. Wenn wir nach unserer Aufgabe unter den Völkern fragen, dann sind wir nach dem Frieden gefragt. Dieser vom Christen geforderte Friede (Röm. 12, 18) ist kein absolutes Gut, es darf kein Preis gefordert werden, den wir nicht zahlen dürfen. Der Gehorsam gegen Gott, der Glaube und die Verkündigung dürfen nicht preisgegeben werden, dagegen dürfen wir unser irdisch Gut und Leben für den Frieden opfern. Dadurch, dass wir auf der Grenze zwischen Ost und West wohnen, sind uns von Gott besondere Aufgaben gestellt: Wir müssen nach beiden Seiten Frieden haben. «Tatsächlich gehört unser ganzes Volk zum Abendland, zur westlichen Welt; und tatsächlich haben wir als Volk wenig Vertrauen, wenig Neigung, wenig Beziehung zum Osten hin. — Aber dieser Osten ist für uns eben Nachbar; und loswerden können wir ihn nicht, und wir können nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Wir haben also vor den andern und als erste den Versuch zu machen, ob eine friedliche Nachbarschaft möglich ist.» Der Redner betonte, dass nicht vergessen werden dürfe, dass diese Grenzsituation in Zusammenhang steht mit dem, was nicht ohne Schuld Deutschlands geschehen sei. «Wir können nicht wissen, ob es in Gottes Willen liegt, uns als ein Volk wieder zusammenzuführen, so wenig wir das andere wissen können, ob Gott uns auf die Dauer voneinander trennen will. Aber wir können nicht von uns aus ein Band zerreißen, das durch die gemeinsame Schuld nur noch stärker geworden ist.» «Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Teil des Volkes allein die Last unserer Verschuldung trägt. Wir stre-

ben daher mit gutem Gewissen nach der Wiedervereinigung, aber wir werden uns zu hüten haben, da wir dabei nicht neues Unrecht zum alten hinzufügen. Niemöller warnte vor der Verständigung nach der einen Seite auf Kosten der andern und betonte, dass auch in der Frage der Wiedervereinigung das deutsche Interesse nicht über das der andern Völker gestellt werden dürfe. — Doch was tun? Hätten wir ein fertiges Rezept, so wären wir die Leute, die den Wiederaufbau des Turmes zu Babels beginnen wollten. Das natürlich-materialistische Denken im Verhältnis der Völker, dass es einem um so besser geht, je schlechter es dem Konkurrenten geht, muss verschwinden. Gandhi kann uns da eine Mahnung sein. Der Christ weiss sich aber im besonderen aufgerufen zur Hilfe, wo Not ist.

Wertvoll war die Ergänzung durch das Referat von Missionsdirektor Freytag: «Volk unter Völkern, nicht über Völkern», der aus seiner Kenntnis die Augen für die weltweiten Zusammenhänge öffnete.

Die Diskussion steuerte, besonders dank der Mitarbeit von Prof. Gollwitzer, rasch auf die neuralgischen Punkte zu: Der östliche Nachbar tritt uns nicht nur als Volk, sondern als Vertreter einer Weltanschauung und Heilslehre entgegen. Wo und wann ist der Fall des Bekennens unbedingt gegeben? Inwiefern ist die Wiedervereinigung Deutschlands ein christliches Anliegen? Gollwitzer betonte, dass dem Willen zum Zusammenbleiben vom Evangelium her nicht widerprochen werden könne, vor allem aber sei die gegenwärtige Spaltung nicht bloss eine Trennung der Volksteile, sondern die Auslieferung eines Teiles an ein System der Unterdrückung, und damit können sich Christen nicht abfinden. Die Wiedervereinigung ist darum nicht nur eine nationale, sondern eine menschliche Frage. Auf der Bühne der Weltgeschichte stehen sich nicht nur Völker gegenüber, sondern ideologische Systeme. Ganz konkret wurde gefragt: Wer ist bereit und hat den Mut dazu, in den Osten zu gehen und dort zu sprechen. Der Besuch der Zehntausend aus dem Osten müsse jetzt vom Westen her erwidert werden.

Waren am Anfang die Meinungen hart aufeinandergeplatzt, die Stimmung erregt, hatte man oft den Eindruck, dass die Leute nur mit vorgefassten Meinungen dasassen und absolut nicht hören konnten, so besserte sich das bald. Und als man zum Schluss die besten Votanten zu einem Podiumsgespräch vor dem Mikrophon zusammenrief, da hatte man wirklich den Eindruck: Da wurde zugehört, da versuchte man auch eine andere Meinung anzuhören, da billigte man sich den guten Willen zu und versuchte in Ruhe sich eine eigene Meinung zu bilden.

Diese Aussprache hat nach unserm Dafürhalten folgendes bewirkt: Es wurde klar, dass der Westen nicht auf Kosten des Ostens Deutschlands leben dürfe. Wer die Stimmen vornehmlich aus Industriekreisen kennt, die vor der Wiedervereinigung als einem wirtschaftlichen Ruin Westdeutschlands, dem Zurückfallen im Konkurrenzkampf mit dem Ausland warnen zu müssen glauben, der wird dieses Ergebnis hoch anschlagen. Die Ausweitung des Blickes über «Deutschland, Deutschland über alles» hinaus war gut und wichtig. Die Wiedervereinigung als eine nüchterne Sache, die mit der Schuld der Vergangenheit etwas zu tun hat — das verhinderte glücklich, dass sie so etwas wie ein politisches Emblem des Hamburger Kirchentages wurde. Diese Nüchternheit warnte z. B. die Ostflüchtlinge davor, an eine Rückkehr in die alte Heimat in Kürze zu denken, sie rief zur Besinnung vor der Wahl auf. «Als Christ ist es ganz gleichgültig, zu welcher Partei man sich bekennt, wenn es nur aus der Verantwortung geschieht», sagte Bischof Dibelius auf der Männerkundgebung. «Eins aber lehnen wir ab: dass wir Kollaborateure des Atheismus wählen.»

Es gehörte Mut dazu, drei Wochen vor der Wahl diese heissen Eisen anzufassen, denn in der Tat sind ja die beiden Kernprobleme der Innen- und Aussenpolitik Deutschlands: Entgiftung im Innern, Verhältnis zu den Völkern. Schon dass die Kirche es wagte, war eine feine Sache, und über das Ergebnis dieser überparteilichen politischen Arbeitsgemeinschaft der Zehntausend darf man zu Frieden sein.

H. G u t k n e c h t.

mal sowiele Röhren wie ein Fernsehgerät enthalten könnte. Zusätzlich zu den von Boden oder von Schiffen aus abgefeuerten Geschossen haben wir bei der Entwicklung gesteuerter Raketen, die von Kampflugzeugen aus abgeschossen werden, ein fortgeschrittenes Stadium erreicht. Diese Raketen werden die Schlagkraft unserer Kampflugzeuge um ein Beträchtliches steigern und sie in die Lage versetzen, einen feindlichen Bomber aus einer Entfernung abzufangen, die ausserhalb der Reichweite liegt, innerhalb derer er sich selbst mit den konventionellen Bordgeschützen verteidigen kann.»

Unterstaatssekretär Bedell Smith befürwortet besseren Austausch von Informationen über Atomenergie

Washington, 23. August. Ag. (Reuter.) Der amtierende Staatssekretär Walter Bedell Smith schlägt einen grösseren Austausch von Atomenergie-Informationen mit den alliierten Ländern vor. Sein Bericht, der diese Empfehlung enthält, wurde am Samstag vom Vorsitzenden des aussenpolitischen Senatskomitees, Senator Alexander Wiley, veröffentlicht. Wiley hatte um die Zusicherung ersucht, dass die gesteigerten Atomenergiepläne in andern Nationen in den hängigen militärischen und diplomatischen Plänen und in der Politik der USA. angemessen berücksichtigt werden. In seiner Antwort erklärte Smith, sofern sich sofortige Vorteile böten, sollten die Vereinigten Staaten Informationen mit befreundeten Ländern austauschen. Dies bedeute aber nicht unbedingt, dass geheimste Informationen preisgegeben würden. «Darüber hinaus wäre es wohl verfrüht, jetzt Pläne für einen allgemeinen Austausch von Informationen über die Atomkraft aufzustellen, selbst wenn die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten daraus Nutzen zögen.» Das Staatsdepartement sei der Meinung, dass die Aussichten für eine internationale Kontrolle der Atomenergie «trübe» seien, weil sich Russlands kompromisslose Haltung nicht geändert habe.

Stimmen in der Uno für die Teilnahme Indiens an der Korea-Konferenz

New York, 22. August. (United Press.) Der schwedische Delegierte Richard Sandler gab am Freitag vor der Politischen Kommission der Vereinigten Nationen den Willen seines Landes bekannt, sich nicht um einen Sitz in der politischen Korea-Konferenz zu bewerben. Seine Regierung sehe keinen Grund für eine schwedische Teilnahme. Ihre Mitarbeit in zwei Waffenstillstandskommissionen sollte andererseits aber Beweis genug sein, dass Schweden sich seiner Verantwortung nicht entziehen wolle. Sandler kündigte dann die schwedische Unterstützung der Kandidaturen Indiens und vor allem Russlands an. Eine Teilnahme Indiens werde als sehr nützlich angesehen, während eine Teilnahme Russlands eine notwendige Voraussetzung für die Erzielung eines dauerhaften Erfolges sei. Der norwegische Delegierte Hans Engen gab die norwegische Unterstützung der Kandidaturen Russlands und Indiens bekannt. Sein Land werde sich aber der russischen Resolution widersetzen. Der sowjetpolnische Delegierte Naschkowsky sprach sich für die russische Resolution aus und ging auf die Uneinigkeit unter den Alliierten über die Frage der Zusammensetzung der Konferenz ein. Er wies auf die Opposition der Vereinigten Staaten gegen eine Teilnahme Indiens hin. Andere Länder sähen aber ein, dass Indien an der Frage der Regelung der Situation in Korea stark interessiert sei. Der ägyptische Delegierte Aly Kamel Fahmy sah keine Rechtfertigung für den Ausschluss einer asiatischen Macht wie Indien von der Konferenz.

Syngman Rhee empfiehlt eine Konferenz der vier Hauptbeteiligten

Söul, 22. August. Ag. (Reuter.) Aus Kreisen des Aussenministeriums wird mitgeteilt, dass der südkoreanische Präsident Syngman Rhee die politische Konferenz über Korea auf vier Nationen zu beschränken wünsche, nämlich die Vereinigten Staaten, Südkorea, Nordkorea und das kommunistische China. Rhee sei der Ansicht, dass eine Verständigung für eine friedliche Einigung Koreas um so leichter zu erreichen sei, je weniger Teilnehmer die Konferenz zähle.

paganda, der Intoleranz, des nationalsozialistischen «Freund-Feind-Verhältnisses» kräftig zu Leibe. «Diffamierung und Lüge sind die V-Waffen des kalten Bürgerkrieges.» Er setzte sich mit der Allmacht der Parteien und des Staates auseinander, die durch die politische Verantwortungslosigkeit, die «ohne-mich-Haltung» gefördert wird. «Der Mensch ist das Mass aller Dinge, das Mass aber des Menschen ist Christus.» Die Diskussion betonte die Verpflichtung des Christen für Zellen des Vertrauens an jedem Ort zu sorgen, an Nöten und Unzulänglichkeiten aus dem Westen berichtet wurde, erschien den Teilnehmern aus dem Osten einfach harmlos. Der Osten fragte uns: «Was kann die

Marokko bleibt ruhig — nur in Casablanca kleinere Zwischenfälle

Rabat, 23. August. (United Press.) Die Uebersiedlung des neuen Sultans aus dem Palast seines Freundes El Glaoui in Marrakesch nach dem Sultanspalast in Rabat verlief am Samstag über Erwarten friedlich. Der Sonderzug, der auf der Reise in mehreren Städten, darunter Casablanca, Halt gemacht hatte, um lokalen Würdenträgern eine Huldigung an den neuen Herrscher zu gestatten, wurde auch in Rabat mit Jubel empfangen, wobei die Menge allerdings stark mit Berbern durchsetzt war, die zu Ehren «ihres» Sultans vom Lande nach Rabat gekommen waren. Der offizielle Willkommensgruss wurde, wie bereits gemeldet, von dem hundertdreihundert alten Grosswesir Mohammed el Mokri entboten, der den Sultan umarmte und ihm traditionsgemäss Datteln und Milch anbot.

Die französischen Behörden waren auch angenehm davon überrascht, dass nur vier der 23 Paskhas und 6 der 323 Kaidis die Unterzeichnung der Thronbesteigungsurkunde verweigert haben, also weniger als seinerzeit bei der Thronbesteigung des abgesetzten Sultans Ben Youssef.

Während sich die Nationalisten in Marokko still verhielten, sandte ihr nominelles Oberhaupt, der Führer der Istiqlal-Partei, Allal el Fassi, an Präsident Auriol ein Telegramm in dem es heisst, kein Marokkaner werde das willkürliche Vorgehen Frankreichs anerkennen. Nach dem Willkommen durch den Grosswesir und Minister de Blesson im Namen Frankreichs suchte der französische Generalresident Guillaume den Sultan im Palast auf und überbrachte ihm Grüsse von Präsident Auriol. Auch Ministerpräsident Laniel und Aussenminister Bidault hatten Glückwunschtelegramme gesandt.

Die nationalistischen Extremisten missbrauchen den Aberglauben der Bevölkerung.

Rabat, 24. August. (United Press.) Tausende von Arabern behaupteten am Sonntag, Exsultan Sidi Mohammed ben Youssef im Neumond gesehen zu haben. Er habe über seine ehemaligen Paläste und Harems gewacht. Von offizieller Seite glaubt man an einen Trick der Nationalisten. Die Polizei war in Casablanca verschiedene Male gezwungen, gegen anwachsende Mengen einzuschreiten, die sich nach der Verbreitung des Gerüchts bildeten. Es wurden keine Zwischenfälle gemeldet.

Der Neumond spielt im Leben der Araber eine wichtige Rolle. Er dient auch als Zeitmass für die religiösen Ereignisse. Offizielle Stellen nahmen nun an, die Istiqlal-Nationalisten verbreiteten dieses Gerücht, um so ein Argument gegen die «guten Omen», die den Amtsantritt des neuen Sultans begleiteten, zu haben. Im ganzen Protektorat herrschte im allgemeinen Ruhe. In Casablanca kam es zu kleineren Zwischenfällen, als arabische Terroristen eine Benzinstation anzuzünden versuchten und eine «selbstgemachte Bombe» gegen einen Polizeiwagen warfen. In beiden Fällen war der angerichtete Schaden gering.

*
Express Marokko—Algier entgleist infolge Sabotage.

Rabat, 24. August. (United Press.) Infolge aufge-rissener Schienen entgleiste am Sonntag der Marokko—Algier-Express, wobei eine Person getötet

den ändern und als erste den Versuch zu machen, ob eine friedliche Nachbarschaft möglich ist.» Der Redner betonte, dass nicht vergessen werden dürfe, dass diese Grenzsituation in Zusammenhang steht mit dem, was nicht ohne Schuld Deutschlands geschehen sei. «Wir können nicht wissen, ob es in Gottes Willen liegt, uns als ein Volk wieder zusammenzuführen, so wenig wir das andere wissen können, ob Gott uns auf die Dauer voneinander trennen will. Aber wir können nicht von uns aus ein Band zerreißen, das durch die gemeinsame Schuld nur noch stärker geworden ist.» «Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Teil des Volkes allein die Last unserer Verschuldung trägt. Wir stre-

und acht verletzt wurden. Nach ersten Berichten waren rund 20 Kilometer nordöstlich von Rabat 15 m Schienen gelockert worden. Als der Express mit 100 Kilometer Geschwindigkeit diese Stelle überfuhr, entgleiste die Lokomotive und riss alle bis auf zwei Wagen mit sich. Beim Sturz über den Bahndamm wurden zwei Wagen ineinander verschachtelt. Amerikanische und französische Ambulanzen eilten sofort zum Schauplatz des Unglücks. Sechs Passa-

Die Agitation der Kommunisten in Frankreich gegen die Wiederaufnahme der Arbeit

Paris, 24. August. (United Press.) Die kommunistischen Versuche, die Zurück-zur-Arbeit-Strömung unter den französischen Arbeitern zu sabotieren, schienen am Sonntag Früchte zu tragen. Trotz dem Abkommen zwischen Ministerpräsident Laniel und den Vertretern der nicht-kommunistischen Gewerkschaften setzten einzelne Verwaltungszweige, nationalisierte Industrien und die Gerichtshöfe ihre Sanktionsmassnahmen fort. Die von den Kommunisten beherrschte CGT. benützte dieses Argument zur Ungültigerklärung des Abkommens und forderte die Arbeiter auf, den Streik fortzusetzen. Wie stark der kommunistische Appell ist, wird sich erst am Montag bei der Wiedereröffnung der Läden und Fabriken zeigen.

Trotz allem war aber eine leichte Besserung der Lage festzustellen. In Paris konnte der Untergrundbahnverkehr zu 75 Prozent normal aufrechterhalten werden, während immerhin 35 Prozent der Pariser Autobusse fahren. In Clermont-Ferrand, Marseille und andern Städten nahmen die Eisenbahner die Arbeit aber immer noch nicht auf.

Unterdessen werden aber die ersten Sabotageakte gemeldet. Der Calais—Basel-Express entgleiste, wie bereits gemeldet, in der Nacht auf den Sonntag in der Nähe von Maubeuge. Eine Katastrophe konnte nur verhindert werden, weil der Zug seine Geschwindigkeit verringert hatte, um in Berlainmont anzuhalten. Berlainmont ist keine reguläre Station des Expresszuges. In der Nähe von Nancy, in Ligny-en-Barrois, wurde ein Transformator in die Luft gesprengt. Ausserhalb von Toulouse zerschmetterte auf einer Brücke ein Felsstück die Windschutzscheibe einer Lokomotive und verletzte den Zugführer ernsthaft.

— (AFP.) Am Sonntagabend lagen folgende Berichte über die Streiklage vor:

Bei den PTT haben die Postangestellten von Le Mans die Arbeit vollzählig wieder aufgenommen. In Algier haben die Reginalbureaux von Force Ouvrière und der Christlichen Gewerkschaften die Weisung gegeben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Postange-

Parade der Luftwaffe in Moskau

Moskau, 24. August. (United Press.) In Moskau fand am Sonntag auf dem Tuschino-Flugplatz die jährliche grosse Demonstration der russischen Luftwaffe statt. Der Parade wohnten Ministerpräsident Malenkow in halb-militärischer Uniform, Aussenminister Molotow, Verteidigungsminister Bulganin, der Minister für Innen- und Aussenhandel Mikojan sowie die meisten Mitglieder des Präsidiums und die füh-

renden Persönlichkeiten der Kommunistischen Partei bei. Ausserdem war das gesamte diplomatische Korps anwesend. Yak-12-Jäger eröffneten das Schauspiel. Von der ersten Maschine flatterten grosse farbige Porträts von Lenin und Stalin. Eine darauffolgende Formation von rund 50 Flugzeugen bildete den Satz «Ehre der USSR.»

Die ausländischen Luftattachés waren vor allem begierig, neue russische Modelle zu sehen. Sie wurden aber enttäuscht.

giere, drei davon in kritischem Zustand, mussten in das Spital Port Lyautey übergeführt werden. Der Kohlenschaufler, ein Marokkaner, verlor sein Leben, während der Lokomotivführer mit schweren Verletzungen geborgen werden konnte.

Spanisch-Marokko auch ruhig.

Madrid, 22. August. (United Press.) Nach allen in der spanischen Hauptstadt eintreffenden Berichten haben die Mauern von Spanisch-Marokko den Umschwung in Französisch-Marokko mit Ruhe aufgenommen. Die spanischen Behörden hatten für das Aid-el-Kebir-Fest am Freitag Polizeiverstärkungen bereitgestellt, die jedoch nicht eingreifen mussten.

stellten von Brest beschlossen ebenfalls, wieder zur Arbeit zu erscheinen.

Die französische Staatsbahngesellschaft teilt mit, dass in Valence, Avignon, Dijon und Besançon wieder normal gearbeitet wird. In Le Mans hielt der Allgemeine Gewerkschaftsbund seinen Streikbefehl aufrecht, während die Mitglieder des Verbandes Force Ouvrière und der Christlichen Gewerkschaften die Arbeit gemäss Weisung ihrer Verbände wieder leisteten. Demgegenüber haben in Lyon alle drei grossen Eisenbahnverbände den Beschluss gefasst, weitere 24 Stunden zu streiken.

Bahn- und Postverkehr mit Frankreich noch nicht normal.

§ Da die kommunistischen Gewerkschaften in Frankreich die Parole zur Fortsetzung des Streiks ausgegeben haben, kann sich auch der Bahn- und Postverkehr noch nicht ganz normalisieren. Es fehlt noch an dem notwendigen Maschinenpersonal; zwar konnten wieder einige Güterzüge geführt werden, aber der volle Fahrplan ist noch nicht wieder in Kraft. In Basel trifft in geschlossenen Sendungen aus Paris und aus Uebersee Post nach der Schweiz und über die Schweiz nach andern Ländern ein. Da die französische Bahnpost aber noch nicht funktioniert, wird die Post aus den Orten zwischen Paris und Basel nicht verarbeitet. Post aus der Schweiz nach Frankreich wird weiterhin per Flugzeug befördert, und Transitpost geht statt über Frankreich über Deutschland.

Spionagefall im Aussenministerium.

Paris, 22. August. (United Press.) Wie man von der Pariser Sicherheitspolizei erfährt, ist die Sekretärin im Aussenministerium, Suzanne Bosse, unter der Anklage der Spionage für Jugoslawien verhaftet worden. Nach einer Meldung des Ministeriums hat sie für die Summe von 500 000 fFr. Geheimdokumente an den Ersten Sekretär der jugoslawischen Botschaft verkauft.